



Japan und Europa:

EU, Vereinigtes Königreich,
Frankreich und Deutschland

Michito TSURUOKA

Einleitung

Nach Abschluss des Sicherheitsvertrags von 1951 war das Gewicht der amerikanisch-japanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Sicht der japanischen Diplomatie überwältigend. Infolgedessen spielten die Beziehungen zu Europa in der japanischen Diplomatie im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentlich geringere Rolle. Als Japan jedoch in den 1960er Jahren ein schnelles Wirtschaftswachstum erlebte, zu einer Wirtschaftsmacht wurde und u. a. durch die Teilnahme am 1975 begonnenen G7-Gipfel in die internationale Gemeinschaft zurückkehrte, baute es seine Rolle und die Beziehungen zu Europa ein weiteres Mal aus. Im Mittelpunkt des Interesses standen jedoch die Handelsstreitigkeiten zwischen Japan und Europa, weshalb die japanisch-europäischen Beziehungen oft als eine Geschichte der handelsbezogenen Konflikte betrachtet wurde.

Dies änderte sich ab Mitte der 1990er Jahre. Seitdem sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Europa gewachsen, während sich gleichzeitig ein diplomatischer und sicherheitspolitischer Dialog sowie eine Kooperation entwickelt haben. Darin liegt die neue Gestalt der japanisch-europäischen Beziehungen. Im Hinblick auf die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) stellten das im Juli 2018 unterzeichnete Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen Japan und der EU sowie das strategische Partnerschaftsabkommen (SPA) wichtige

Wendepunkte dar. Gleichzeitig haben sich die bilateralen Beziehungen zu den großen europäischen Ländern wie dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland ausgeweitet und umfassen neben den traditionellen Wirtschaftsbeziehungen nun auch Aspekte der Sicherheit und Verteidigung, auf deren Grundlage sich die neuen japanisch-europäischen Beziehungen im Rahmen der indopazifischen Ära definieren.

Dieser Beitrag befasst sich mit der EU (und ihrer Vorgängerin, der Europäischen Gemeinschaft [EG]) sowie mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland, um einen Blick auf die bisherige Entwicklung der Beziehungen zu Japan zu werfen und die Stellung Europas in der japanischen Diplomatie zu klären.

Historischer Hintergrund

(1) Wandel der Beziehungen zwischen Japan und der EG/EU

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde Japan von den alliierten Nationen besetzt; und obwohl britische und andere Truppen im Land stationiert waren, handelte es sich dabei faktisch um eine alleinige Besatzung der USA. Der Friedensvertrag von San Francisco, der im September 1951 unterzeichnet wurde und im April 1952 in Kraft trat, stellte die Unabhängigkeit Japans wieder her; infolgedessen schlossen Japan und die USA den japanisch-amerikanischen

Sicherheitsvertrag (ehemals Friedensvertrag) ab. Dies war der Ausgangspunkt für das Japan der Nachkriegszeit auf Grundlage der japanisch-amerikanischen Allianz und auch die anschließende Rückkehr in die internationale Gemeinschaft erfolgte ausschließlich unter der Führung der USA. Die japanisch-amerikanische Allianz wurde zum Fundament der japanischen Auslandsbeziehungen.

Die Beziehungen zu Europa entwickelten sich dabei vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Zu den Hauptakteuren der „freien Welt“ im Rahmen dieses Krieges gehörten die USA, Westeuropa und Japan, wobei Japan und Westeuropa in diesem Kontext im selben Lager positioniert wurden. Hayato Ikeda, der Anfang der 1960er Jahre Premierminister von Japan war, vertrat die japanisch-amerikanisch-europäische „Drei-Säulen-Theorie“. In den 1960er Jahren wurde durch den Beitritt Japans zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl. *Organisation for Economic Cooperation and Development*, kurz OECD) sowie durch die Aufhebung von Artikel 35 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (engl. *General Agreement on Tariffs and Trade*, kurz GATT) der Übergang zu gleichberechtigten Handelsbeziehungen ermöglicht, was nicht nur der Unterstützung der USA, sondern auch der Normalisierung der bilateralen Beziehungen – einschließlich des im japanisch-britischen Freundschafts- und Handelsvertrag verankerten Handels mit westeuropäischen Ländern

– zu verdanken war. Die Rückkehr in die internationale Gemeinschaft nach der Niederlage im Krieg sowie der Eintritt des Landes in die Reihe der Industriestaaten stellte auch die Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern wieder her.

In den 1960er Jahren erlebte Japan ein schnelles Wirtschaftswachstum, wobei die wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa nicht besonders stark waren. Diese nahmen erst Mitte der 1970er Jahre rasant zu und entwickelten sich unmittelbar zu Handelsstreitigkeiten, die im Anschluss einen Großteil der japanisch-europäischen Agenda ausmachten. Europa hatte ein großes Handelsdefizit gegenüber Japan zu verzeichnen, weshalb immer mehr protektionistisch veranlagte europäische Stimmen die Beschränkung japanischer Importe forderten. Zu dieser Zeit geriet auch ein internes Dokument der EG-Kommission ans Licht, in dem die Japaner als „Workaholics, die in Kaninchenställen leben“ verspottet wurden, und es entstand sowohl ein Diskurs in Bezug auf die Bedrohung als auch auf die „Andersartigkeit“ Japans, das sich fundamental vom Westen unterscheide.

Tatsächlich herrschten in Japan zu jener Zeit noch viele protektionistische Aspekte, wonach das Land für ausländische Importe und Investitionen nicht offen genug war. Mit der Entwicklung der japanischen Wirtschaft verbreitete sich jedoch im ganzen Land die Überzeugung, dass eine Marktöffnung und Deregulierung auch der japanischen

Bevölkerung selbst zugutekämen, sodass Japan zwischen den 1980er und 1990er Jahren einen immensen Wandel erfuhr.

Die im Juli 1991 zwischen der EG und Japan unterzeichnete „Erklärung von Den Haag“ stellte dabei einen ersten Versuch dar, „gemeinsame Werte“ zu formulieren und einen Schritt in Richtung politischer Dialog und Zusammenarbeit in Rahmen ebendieser Beziehungen zu gehen, die bisher nur auf Handelsstreitigkeiten ausgerichtet gewesen waren. Die japanische Seite hatte hierbei die Führung übernommen; da die handelsbezogenen Konflikte sich zu jener Zeit jedoch noch als recht intensiv erwiesen, gestalteten sich die Verhandlungen eher schwierig. Die japanische „Andersartigkeit“ ließ sich nur schwer mit gemeinsamen Werten in Einklang bringen und Japans Versuche des politischen Dialogs inmitten intensiver Handelsstreitigkeiten wurden von der europäischen Seite als Plan interpretiert, von bestehenden Handelsfragen ablenken zu wollen.

Ironischerweise war es das Platzen der Wirtschaftsblase in Japan in den 1990er Jahren, das die japanisch-europäischen Handelsstreitigkeiten sowie den Diskurs über die „Andersartigkeit“ Japans innerhalb von Europa beruhigte. Da sich die japanische Wirtschaft in einer Flaute befand, brauchte Europa keine übermäßige Angst mehr vor Japan zu haben. Infolgedessen war es für Japan und Europa einfacher geworden, über gemeinsame Werte zu sprechen

und sich darum zu bemühen, ihre Beziehungen aus politischer und sicherheitspolitischer Sicht zu stärken. Dies führte jedoch nicht unmittelbar zu einer ebensolchen Stärkung und eine Zeit lang wurde sogar behauptet, dass das „Problem“ der japanisch-europäischen Beziehungen darin liege, dass es keine Probleme gäbe.

Allerdings stellte seit Mitte der 2000er Jahre China ein „Problem“ zwischen Japan und Europa dar. Dies war zunächst nur im Rahmen der japanischen Agenda ein wichtiger Punkt. Aus japanischer Sicht waren die Haltung und Wahrnehmung gegenüber China in Europa einfach zu naiv, was dazu führte, dass die Unzufriedenheit darüber in Japan immer größer wurde.

Die Debatte über die Aufhebung des Waffenembargos der EU gegenüber China um das Jahr 2005 stellt in diesem Zusammenhang ein symbolisches Beispiel dar. Dieses Waffenembargo, das im Rahmen der aufgrund des Tian'anmen-Massakers verhängten Sanktionen im Juni 1989 eingeführt worden war, beschränkte sich nur auf tödliche Waffen und war nicht mehr als eine politische Erklärung ohne jegliche Rechtsverbindlichkeit. Aus diesem Grund zweifelte man an seiner Wirksamkeit und hatte gleichzeitig Bedenken, dass die Aufhebung ein falsches Signal an China senden könnte. Außerdem zeigte man sich besorgt darüber, dass eine tatsächliche Ausfuhr von Waffen aus Europa nach China die

Sicherheit in Ostasien, einschließlich des militärischen Gleichgewichts in der Taiwanstraße, beeinträchtigen würde. So sprach sich Japan (zusammen mit den USA) entschieden gegen die Aufhebung des Waffenembargos durch die EU aus.

Dieses Problem zeigte, dass die EU bei ihren allgemeinen Überlegungen im Zusammenhang mit ihrer China- und Asien-Politik wirtschaftlich voreingenommen war und sicherheitspolitische Auswirkungen nicht berücksichtigt hatte. Damals versuchte die EU, die Entscheidung über das Waffenembargo gegen China als wirtschaftliches Problem zu behandeln. Dies führte auf japanischer und amerikanischer Seite zu starkem Widerstand, was einer der Gründe für die EU war, sich mit den Sicherheitsfragen in Asien zu befassen.

Durch den eben genannten Vorfall hatte sich auf japanischer Seite jedoch bereits eine negative Wahrnehmung des „unverantwortlichen Europas, das versucht, Waffen an China zu verkaufen“ sowie des „Europas, das asiatische Sicherheitsprobleme nicht versteht“ verfestigt, deren Nachwirkungen langfristig sein sollten. Andererseits führte dieses Thema zur Aufnahme des „Strategischen Dialogs über das ostasiatische Sicherheitsumfeld“ im Jahr 2005, bei dem Sicherheitsfragen Asiens, einschließlich den Problemen im Zusammenhang mit China, zwischen Japan und der EU diskutiert wurden. Diese Entwicklungen können als ein Nebenprodukt der Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und der EU

um die Aufhebung des Waffenembargos nach China betrachtet werden.

(2) Beziehungen zum Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland

Im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Japan und Europa, genauer gesagt mit dem Verhältnis zu Europa aus japanischer Sicht, ist es zwar selbstverständlich, dass die Rolle der EG bzw. EU im Rahmen des Handels von großer Bedeutung ist; dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass Japan auch die bilateralen Beziehungen zu wichtigen europäischen Ländern wie dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland als überaus wichtig erachtete.

Zusätzlich zum historischen und kulturellen Interesse bestehen konkrete Möglichkeiten, mit denen Verbindungen zwischen den einzelnen europäischen Ländern und Japan auf einfache Weise hergestellt werden können – beispielsweise durch ein Auslandsstudium oder eine Auslandsstationierung. Darüber hinaus lässt sich behaupten, dass Japan nicht mit den wachsenden Kompetenzen und der Bedeutung der EG/EU Schritt halten konnte, und da sich Japan kaum an regionalen multilateralen Organisationen beteiligte, empfanden die japanischen diplomatischen Behörden den Umgang mit nationalen Regierungen angenehmer als mit der EU (Brüssel).

In diesem Zusammenhang betrachtete Japan das Vereinigte Königreich fast immer als engsten europäischen Partner. Dies ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Vereinigte Königreich unter den Großmächten Westeuropas der größte Befürworter des Freihandels sowie der zuverlässigste Partner bei der Gewährleistung eines „nach außen gerichteten Europas“ war.

Der Abschluss des Freundschafts- und Handelsvertrags zwischen Japan und dem Vereinigten Königreich im Jahr 1962 stellte außerdem den Anlass für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Westeuropa in den 1960er Jahren dar, und es war die britische Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher, die japanische Direktinvestitionen in die EG in den 1980er Jahren förderte, als sich die japanisch-europäischen Spannungen verschärft hatten. Da Frankreich innerhalb der EG eine stark protektionistische Haltung vertrat und Westdeutschland sich eher zurückhaltend zeigte, spielte das Vereinigte Königreich eine entscheidende Rolle. In jüngerer Zeit war es die britische Regierung unter Premierminister David Cameron, die sich über die vorsichtigen Argumente der Europäischen Kommission und einiger EU-Mitgliedstaaten hinwegsetzte und so den Weg für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) und ein WPA zwischen Japan und der EU ebnete. Aufgrund all dessen wird das Vereinigte Königreich von Japan als „zuverlässig“ bewertet.

Außerdem beruhigte es Japan, dass sich auf die japanisch-amerikanische Allianz stützt, enorm, dass das Vereinigte Königreich der engste Verbündete der USA in Europa ist, was große Sicherheit in Hinblick auf die politischen und sicherheitsbezogenen Dialoge sowie die Zusammenarbeit mit Europa bot. Aufgrund dieser Umstände stellte das Vereinigte Königreich für Japan lange Zeit das „Tor zu Europa bzw. zur EU“ dar, und wenn es ein Problem gab, war es in Japan üblich, als Erstes „mit London darüber zu sprechen“.

Ein wichtiger Wendepunkt bei der Ausweitung der Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich im sicherheitspolitischen Bereich war der Besuch von Premierminister Cameron in Japan im April 2012, als die beiden Länder eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Eine führende strategische Partnerschaft für globalen Wohlstand und Sicherheit“ (engl. *A Leading Strategic Partnership for Global Prosperity and Security*) abgaben. Dabei wurde eine neue Politik der Sicherheits- und Wehrkooperation festgelegt, die auf gemeinsamen Werten wie Freiheit und Demokratie beruhte. Ein Höhepunkt lag in der Zusammenarbeit bei Wehrgütern, einem neuen Bereich in den Beziehungen Japans zu anderen Ländern als den USA.

Im Vergleich zu den japanisch-britischen Beziehungen waren die bilateralen Beziehungen Japans zu Frankreich und Deutschland über längere Zeit eher schwach gewesen. Insbesondere die

protektionistische Haltung hinsichtlich des Außenhandels in Frankreich und anderen Ländern besorgte Japan. Während des Besuchs von Premierminister Ikeda in Europa im November 1962 wurde dieser von Präsident Charles de Gaulle angeblich als „Transistorverkäufer“ verspottet; diese Episode stellte sich später zwar als Erfindung heraus, spiegelte die Atmosphäre der japanisch-französischen Beziehungen jedoch auf passende Weise wider.

Eine wichtige Agenda zwischen Japan und Deutschland stellt seit den 1990er Jahren die Reform des UN-Sicherheitsrates bzw. die Bemühung eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat nach dessen Erweiterung dar. Japan und Deutschland haben ihre Zusammenarbeit gemeinsam mit Indien und Brasilien, die ebenfalls um den Rang als ständige Mitgliedsstaaten im UN-Sicherheitsrat bemüht sind, im Rahmen der G4 („Group of four“) verstärkt. Wie jedoch allgemein bekannt sein dürfte, hat dies bisher zu keinen Ergebnissen geführt. Auch im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung – vor allem im Bereich der Nuklearwaffen – wurde eine japanisch-deutsche Zusammenarbeit angestrebt.

Der Hauptgrund für die starke Skepsis, die Japan seit Mitte der 2000er Jahre gegenüber Deutschland hegt, liegt allerdings in den deutschen Beziehungen zu China. Mit dem rasanten Wachstum der chinesischen Wirtschaft wurden auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen

Europa und China rasch größer, wobei Deutschland in diesem Zusammenhang als treibende Kraft fungierte. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel den chinesischen Staat seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2005 fast jährlich besuchte, blieb ihr Interesse an Japan eher gering. In Japan setzte sich daher die Auffassung durch, dass Deutschland „offenbar nur an China interessiert“ sei und sich China gegenüber „zutolerant“ verhalten würde, was sich negativ auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland auswirkte.

Aktueller Stand und Herausforderungen

(1) Neue Phase der Beziehungen zwischen Japan und der EU

Die Beziehungen zwischen Japan und der EU sowie die Beziehungen zwischen Japan und Europa im Allgemeinen, einschließlich politischer und sicherheitspolitischer Aspekte, haben sich seit etwa 2015 stark in Bewegung gesetzt. Grund hierfür waren komplexe Faktoren, wobei China an erster Stelle zu nennen ist. Wie im vorangegangenen Abschnitt erwähnt, waren die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China sowie die gespielte anfängliche Harmonie auf Wirtschaftsebene zwischen Europa und China „Störfaktoren“ der japanisch-europäischen Beziehungen. Allerdings verwandelten sich diese Hindernisse bald in förderliche Faktoren, die die

Entwicklung der Beziehungen zwischen Japan und Europa begünstigten. Hintergrund war die wirtschaftliche Expansion Chinas auf dem EU-Markt, insbesondere die Besorgnis über den Technologieabfluss durch Fusionen und Übernahmen, Chinas hartnäckige Haltung im Südchinesischen Meer sowie die wachsende Kritik gegenüber China in Bezug auf Menschenrechtsfragen. Die Wahrnehmung gegenüber China in der EU hat sich geändert und die Kluft zwischen Japan und Europa in Bezug auf diese Wahrnehmung ist geringer geworden.

Darüber hinaus wurde die japanisch-europäische Zusammenarbeit durch den Amtsantritt der Regierung unter dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Januar 2017 vorangetrieben. Deren „America First“-Politik, die der regelbasierten Weltordnung, einschließlich den Grundsätzen des Freihandels, den Rücken gekehrt hatte, erhöhte die Notwendigkeit einer japanisch-europäischen Kooperation zur Unterstützung ebendieser internationalen Ordnung. Es ist kein Zufall, dass die zuvor eher schleppenden FHA/WPA-Verhandlungen zwischen Japan und der EU – bei denen man zeitweise sogar befürchtete, dass sie einfach ziellos laufen gelassen werden – weniger als sechs Monate nach dem Amtsantritt der Regierung unter Präsident Trump im Juli 2017 eine allgemeine Grundsatzvereinbarung ausarbeitete. Hinzu kam die strategische Notwendigkeit, sich protektionistischen Tendenzen und Unilateralismus zu widersetzen – die in

der Regierung unter Präsident Trump möglicherweise an Dynamik gewinnen würden – sowie der Welt die Grundsätze des Freihandels zu demonstrieren.

Das WPA zwischen Japan und der EU wurde im Juli 2018 formell unterzeichnet und trat im Februar 2019 in Kraft. Gleichzeitig wurde das SPA über den allgemeinen Rahmen der Zusammenarbeit geschlossen, in dem auch politische und diplomatische Aspekte enthalten sind. Ursprünglich ging es der japanischen Seite fast ausschließlich um das WPA und sie ging sogar davon aus, dass die SPA-Verhandlungen lediglich als „Gegenleistung“ für das WPA dienten. Doch letztendlich stellte sich das SPA als enorme Triebkraft für die Entwicklung der japanisch-europäischen Beziehungen von einem reinen Handels- und Wirtschaftsverhältnis zu einer Partnerschaft in Bezug auf Werte und die internationale Ordnung heraus.

Die relative Macht der USA sowie ihre führende Rolle zur Unterstützung der regelbasierten Weltordnung ist schwächer geworden, während China als ein Staat, der keine Werte teilt und den Status quo zu ändern versucht, weiter aufsteigt. Dies misst der Zusammenarbeit zwischen Japan und Europa eine noch höhere Bedeutung bei und verleiht dem WPA und SPA einen neuen strategischen Sinn.

In diesem Zusammenhang hat sich auch die Bedeutung der Beziehungen zu Europa für Japan verändert. Während

die Beziehungen zu Europa bisher nur auf regionaler Basis bestanden, hat sich inzwischen eine Partnerschaft entwickelt, die beim Umgang mit Problemen mit den USA, China und der allgemeinen internationalen Ordnung stets an vorderster Front steht. Man kann sagen, dass Europa in der japanischen Diplomatie zum „Mainstream“ geworden ist. Vorangetrieben wurde dies von Premierminister Shinzo Abe, der von 2012 bis 2020 regierte und damit der am längsten amtierende Premierminister in der japanischen Politikgeschichte war. Er und Jean Claude-Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, hatten eine enges persönliches Verhältnis zueinander aufgebaut und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Japan und der EU vorangetrieben.

Ähnliche Veränderungen fanden auch auf der europäischen Seite statt. Da die Herausforderung des chinesischen Aufstiegs in Europa immer stärker wahrgenommen wird, kann sie nicht länger als ein separates Problem im geografisch entfernten Asien behandelt werden. Daher wurde der „Indopazifik“ auch in Europa als neues Konzept akzeptiert. Die Regierung unter Premierminister Abe hatte 2016 die Initiative für einen „Freien und Offenen Indopazifik“ (FOIP) ins Leben gerufen und sowohl die EU als auch alle anderen europäischen Länder zur Zusammenarbeit aufgerufen. Bei der Suche nach einer neuen Asienpolitik wurde von der EU zudem eine umfassende Strategie für den indopazifischen Raum

gefordert, was den Wert Japans als gleichgesinnten Partner erhöhte.

Kurz zuvor, in den Jahren 2015 und 2016, wurde auch auf den Gipfeltreffen zwischen Japan und der EU sowie auf den G7-Konferenzen die Besorgnis über die Lage im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer zum Ausdruck gebracht (obwohl die USA und Kanada am G7-Gipfel teilnehmen, überwiegt die japanisch-europäische Seite aufgrund der Mitgliedschaft Japans und der europäischen Länder Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich und Italien). Seit 2021 sind auch der Frieden und die Stabilität in der Taiwanstraße feste Gesprächsthemen dieser Treffen.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte die EU im September 2021 ihre von Japan begrüßte „EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“. Ursprünglich war die Asienpolitik der EU stark auf China ausgerichtet; doch die Tatsache, dass die indopazifische Strategie die Beziehungen zum Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und anderen Ländern sowie zu gleichgesinnten Ländern wie Japan und Australien verstärkte, wurde als Symbol für eine Neuausrichtung der EU-Asienpolitik angesehen. In diesem Zusammenhang betonte die EU auch die „Konnektivität“ zwischen Asien und Europa, weshalb im September 2019 eine „Konnektivitätspartnerschaft“ mit Japan unterzeichnet wurde. Diese strebt eine Zusammenarbeit im Bereich von Infrastrukturinvestitionen an,

einschließlich Telekommunikation und Transport, und bringt nach und nach konkrete Projekte auf den Weg. Wie weit dieser Ausbau jedoch tatsächlich realisiert werden kann, wird sich mit der Zeit zeigen.

(2) Wandel in den Beziehungen zum Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland

Zusammenfassend lässt sich aus japanischer Sicht sagen, dass das Vereinigte Königreich beim Vergleich der Beziehungen zwischen Japan und den großen europäischen Ländern unverändert an erster Stelle steht.

Die japanisch-britischen Beziehungen wurden jedoch auf eine harte Probe gestellt, als die Befürworter des EU-Austritts beim britischen Referendum am 23. Juni 2016 siegten. Denn der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU („Brexit“) bedeutete, dass es nicht mehr als „Tor“ zur EU fungieren konnte. Daher hatte Japan den Verbleib in der EU vor dem Referendum auf zahlreiche Weise unterstützt und in seinem Anschluss versucht, die engen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie die Gewährleistung der Vorhersehbarkeit aufrechtzuerhalten. Die japanische Regierung ihrerseits zeigte sich außerdem bereit, sich aktiv in ebendiese Beziehungen einzubringen, um die Interessen der im Vereinigten Königreich tätigen japanischen Unternehmen zu schützen.

Das umfassende WPA zwischen dem Vereinigten Königreich und Japan, das im Oktober 2020 unterzeichnet wurde, zielte in erster Linie darauf ab, die negativen Auswirkungen des Brexits so weit wie möglich abzuschwächen, sollte dabei jedoch auch die japanisch-britischen Beziehungen nach dem Brexit in eine positive Richtung lenken. Der Inhalt entsprach im Wesentlichen dem WPA zwischen Japan und der EU, weshalb die Verhandlungen in kurzer Zeit abgeschlossen werden konnten. In diesem WPA wurden im Vergleich zum japanisch-europäischen WPA jedoch auch neue wirtschaftliche Bereiche wie elektronischer Handel, Verbraucherschutz und Geschlechterfragen genannt. Im strategischen Gesamtkontext war es außerdem das japanisch-britische WPA, das die Grundlage für das weitere Engagement des Vereinigten Königreichs im indopazifischen Raum bildete, wobei Cyberverteidigung und mobile Kommunikation ebenfalls auf der Agenda der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern stehen.

Das Vereinigte Königreich hatte im Februar 2021 den Beitritt zum Abkommen über die umfassende und fortschrittliche Transpazifische Partnerschaft (engl. *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership*, kurz CPTPP) beantragt und das Beitrittsprotokoll im Juli 2023 unterschrieben. Im Jahr 2021 wurde außerdem eine Trägergruppe unter Führung des hochmodernen Flugzeugträgers „Queen Elizabeth“ der Royal Navy

in den indopazifischen Raum, der auch Japan einschließt, entsandt. Dokumente der britischen Regierung zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie der „Integrated Review“ vom März 2021, legten eine „Ausrichtung auf den Indopazifik“ dar. Daraufhin bezeichnete der „Integrated Review Refresh 2023“ das Engagement im indopazifischen Raum als „ständige Säule“ der britischen Außenbeziehungen. Außerdem wurde zwischen Japan und dem Vereinigten Königreich im Oktober 2023 ein gegenseitiges Zugangsabkommen (engl. *Reciprocal Access Agreement*, kurz RAA) zwischen den militärischen Truppen erstellt. Dieses Abkommen soll die Verfahren für die Entsendung von Truppen in das jeweils andere Land zu gemeinsamen Manövern und anderen Zwecken vereinfachen und die Zusammenarbeit fördern.

Gleichzeitig besteht jedoch auch die Sorge, dass sich der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 negativ auf die Zukunft der indopazifischen Ausrichtung des Vereinigten Königreichs auswirkt. Da das Vereinigte Königreich die Ukraine intensiv unterstützt und eine Abschreckungs- und Verteidigungshaltung gegenüber Russland einnimmt, stellt sich aufgrund seiner begrenzten Mittel und Ressourcen die Frage, ob es sein Engagement im indopazifischen Raum wird fortsetzen können. Angeichts dessen, dass ein Engagement im Indopazifik, einschließlich einer Reaktion auf den Aufstieg Chinas, auch den mittel- und langfristigen Interessen

des Vereinigten Königreichs zugutekommt, erfordert dies jedoch keine Entscheidung zwischen Europa und dem indopazifischen Raum. Stattdessen lässt sich schlussfolgern, dass es notwendig ist, in beiderlei Gebieten zu agieren.

Das trilaterale Sicherheitsbündnis AUKUS, durch das australische Atom-U-Boote durch die USA, das Vereinigte Königreich und Australien unterstützt werden, lässt sich als Symbol für das lang- bis mittelfristige Engagement in die Sicherheit des Indopazifiks verstehen. Darüber hinaus wurde im Dezember 2022 eine gemeinsame Entwicklung der nächsten Generation von Kampfflugzeugen vonseiten Japans, dem Vereinigten Königreich und Italien im Rahmen des „Global Combat Aviation“-Programms (GCAP) angekündigt. Die neuen Kampfflugzeuge sollen ab Mitte der 2030er Jahre zum Einsatz kommen. Dabei handelt es sich um ein bedeutendes Vorhaben, das Beziehungen aufbaut, die über Jahrzehnte hinweg andauern werden – nicht nur im Rahmen einer gemeinsamen Entwicklung und Produktion, sondern auch in Hinblick auf Wartung und Export in Drittländer. Das GCAP stellt für das Vereinigte Königreich neben AUKUS eine der Säulen seines indopazifischen Engagements dar.

Obwohl die bilateralen Beziehungen zum Vereinigten Königreich weiterhin wichtig waren, konnte es in diesem Zusammenhang nicht länger das Tor für Japans allgemeine Beziehungen zu Europa bleiben. Japan war gezwungen,

nach einem neuen Tor zu suchen. Deutschland und Frankreich sind hierbei, gemessen an ihrer Bedeutung innerhalb der EU, die wichtigsten Kandidaten. Andere mögliche Kandidaten sind Polen, ein zentraler Akteur in Mittel- und Osteuropa, sowie das G7-Mitglied Italien; doch in erster Linie ist ein Fokus auf Deutschland und Frankreich wesentlich naheliegender. Genauer gesagt hat die Bedeutung Deutschlands und Frankreichs für die japanische Diplomatie durch den Brexit deutlich zugenommen.

Während Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Japans ist, so ist Frankreich – nach dem Vereinigten Königreich – dessen zweitwichtigster europäischer Partner in Hinblick auf Diplomatie und Sicherheit. Frankreich ist ein „indopazifischer Staat“, der Territorien im Südpazifik und im Indischen Ozean besitzt, in denen er dauerhaft Truppen stationiert hat, um damit seinen grundlegenden Beitrag zu eben diesen Regionen zu leisten. Im Mai 2021 legte ein amphibisches Angriffsschiff der Mistral-Klasse der französischen Marine in einem japanischen Hafen an, und in Kyushu wurde erstmals ein gemeinsames Manöver an Land mit dem französischen Militär sowie mit japanischen und amerikanischen Streitkräften durchgeführt. Dieses war zwar nicht sehr groß, beinhaltete jedoch wesentliche Operationen wie die der amphibischen Kriegsführung. Darüber hinaus hat sich Frankreich bereits mehrmals mit Kriegsschiffen und Flugzeugen an der Kontrolle von Zubringerschiffen im

Zusammenhang mit der Durchsetzung von Sanktionen gegenüber Nordkorea vonseiten des UN-Sicherheitsrats beteiligt. So nehmen die Kontakte zwischen den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften und dem französischen Militär rasch zu. Außerdem war Frankreich das erste europäische Land, das eine Strategie für den indopazifischen Raum einföhrte – gefolgt von Deutschland, den Niederlanden und anderen Ländern – was schließlich in der bereits erwähnten indopazifischen Strategie der EU resultierte.

In Bezug auf Deutschland lässt sich sagen, dass die Revision der China-Politik und der Fokus auf die Beziehungen zu Japan miteinander in Zusammenhang standen. Ein wichtiger Wendepunkt hierbei war die Verabschiedung der „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ im September 2020. Dieses Dokument sieht in erster Linie eine Zusammenarbeit mit Japan und anderen gleichgesinnten Ländern sowie mit der ASEAN vor, wobei es ein hohes Maß an Affinität zur indopazifischen Strategie der EU aufweist, die etwa ein Jahr später veröffentlicht wurde.

Darüber hinaus wurde die deutsche Fregatte „Bayern“ im Herbst 2021 für gemeinsame Manöver mit den japanischen maritimen Selbstverteidigungsstreitkräften und die Kontrolle nordkoreanischer Zubringerschiffe in den indopazifischen Raum entsandt, um einen Beitrag zur dortigen Sicherheit zu leisten. Im Sommer 2022 wurden zum ersten Mal in der Geschichte

sechs Typhoon-Kampfflugzeuge der deutschen Luftwaffe zusammen mit Luftbetankungs- und Transportflugzeugen ebenfalls dorthin entsandt, um an einer gemeinsamen internationalen Übung in Australien teilzunehmen, wobei sie auf dem Rückweg auch in

Japan Halt machen. Neben dem bisherigen militärischen Engagement in die Sicherheit des Indopazifiks sowohl vonseiten des Vereinigten Königreichs als auch Frankreichs ist die wachsende Beteiligung Deutschlands als neue Entwicklung zu betrachten.

Außen- und sicherheitspolitischer Rahmen zwischen Japan und dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland

| | Vereinigtes Königreich | Frankreich | Deutschland |
|---|---|--|--|
| Informationssicherheitsabkommen | ◎ (im Juli 2013 unterzeichnet, im Januar 2014 in Kraft getreten) | ◎ (im Oktober 2011 unterzeichnet und in Kraft getreten) | ◎ (im März 2021 unterzeichnet und in Kraft getreten) |
| Abkommen über Wehrgüter | ◎ (im Juli 2013 unterzeichnet und in Kraft getreten) | ◎ (im März 2015 unterzeichnet, im Dezember 2016 in Kraft getreten) | ◎ (im Juli 2017 unterzeichnet und in Kraft getreten) |
| Abkommen über die gegenseitige Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen (ACSA) | ◎ (im Januar 2017 unterzeichnet, im August 2017 in Kraft getreten) | ◎ (im Juli 2018 unterzeichnet, im Juni 2019 in Kraft getreten) | ○ (im Januar 2024 unterzeichnet) |
| Gegenseitiges Zugangsabkommen (RAA) | ◎ (im Januar 2023 unterzeichnet, im Oktober 2023 in Kraft getreten) | △ (Verhandlungen einstimmig auf Mai 2024 datiert) | |
| Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister („2+2“) | ◎ (seit Januar 2015) | ◎ (seit Januar 2014) | ○ (erste Online-Verhandlungen im April 2021 und erste Regierungskonsultationen im März 2023) |
| Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) | ◎ (im Januar 2021 in Kraft getreten) | ◎ (Japan-EU) | ◎ (Japan-EU) |

(Erstellt vom Autor auf Grundlage der Website des japanischen Außenministeriums und anderer Quellen)

Stellt man die drei – japanisch-britischen, japanisch-französischen und japanisch-deutschen – bilateralen Beziehungen nebeneinander, scheinen sie in einigen Aspekten miteinander verbunden zu sein. Die obige Tabelle gibt einen Überblick über den Stand von Abkommen wie dem Informationssicherheitsabkommen, dem Abkommen über die Zusammenarbeit bei Wehrgütern sowie dem Abkommen über die gegenseitige Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen (engl. *Acquisition and Cross-Servicing Agreement*, kurz ACSA). In den meisten Fällen trat Japan zuerst mit dem Vereinigten Königreich in diese Vereinbarungen ein, gefolgt von ähnlichen Vereinbarungen mit Frankreich und schließlich mit Deutschland. Eine Ausnahme stellen die Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister ("2+2") dar, die zuerst mit Frankreich ins Leben gerufen wurden. Außerdem besteht zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich ein Wettbewerb in Bezug auf das Engagement im indopazifischen Raum, darunter die Entsendung von Marineschiffen. Da Deutschland bei der indopazifischen Strategie ebenfalls mit von der Partie ist, lässt sich sagen, dass diese führenden Länder ganz Europa bzw. die EU vorangetrieben haben. Und auch in Zukunft ist denkbar, dass das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland ihre Politik gegenüber Japan und ihr Engagement im indopazifischen Raum fortsetzen werden, während sie die Schritte des jeweils anderen von der Seite aus betrachten.

Nach Abschluss des Informationssicherheitsabkommens und des Abkommens über Wehrgüter wird die Wehrkooperation zwischen Japan und der EU, auch in Hinblick auf ACSA und RAA, immer substanzialer. All diese Maßnahmen bieten jedoch lediglich einen Rahmen für die praktische Zusammenarbeit und führen nicht automatisch auch zu einer Umsetzung. Dennoch bedeutet die Schaffung dieses Rahmens an sich schon eine Absichtserklärung in Bezug auf eine langfristige Entwicklung dieser Beziehungen.

Die scheinbar hohe Gewichtung von Sicherheit und Verteidigung in den bilateralen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland ist darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen von der EU abgedeckt wird und die Wehrkooperation einen neuen Aspekt darstellt, der aufgrund seiner raschen Entwicklung ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erhält. Es ist nicht so, als ob sich die Beziehungen zwischen Japan und Europa plötzlich im Wesentlichen auf die Sicherheit und Verteidigung konzentrieren würden; stattdessen sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nach wie vor die stärkste Säule und werden es in Zukunft vermutlich auch bleiben.

Zum Abschluss

Seit Mitte der 2010er Jahre haben sich die Beziehungen zwischen Japan und Europa qualitativ erheblich verändert, sodass eine echte strategische

Partnerschaft entstehen konnte. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 führten harte japanische Sanktionen gegenüber Russland sowie seine Unterstützung der Ukraine zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Japan und der EU bzw. Europa, einschließlich der NATO.

In Hinblick auf die Zukunft stellt sich die Frage, ob Europa sich als „Mainstream“ in der japanischen Diplomatie verankern wird und ob Europa sein Engagement im indopazifischen Raum, der für die europäischen Interessen immer mehr an Bedeutung gewinnt, auch dann weiter fortsetzen wird, wenn der Krieg zwischen Russland und der Ukraine sich in die Länge ziehen sollte. Was die Beziehungen zwischen Japan und der EU sowie die bilateralen Beziehungen zwischen Japan und dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Frankreich betrifft, so ist die Gewährleistung einer guten Zusammenarbeit des Vereinigten Königreichs mit der EU (genauso wie mit Deutschland und Frankreich) nicht nur für Japan, sondern auch für die europäische Seite unerlässlich.

Literaturangaben

Jörn Keck, Dimitri Vanoverbeke, and Franz Waldenberger, eds. (2013), *EU-Japan Relations, 1970-2012: From Confrontation to Global Partnership*, Abingdon, Oxon and New York: Routledge

Michito Tsuruoka (2020), "Abe Shinzo's Legacy in Japan-Europe Relations," *The Diplomat*

Michito Tsuruoka (2019), "The European Union as Seen by Japan in an Age of Uncertainty," in Natalia Chaban and Martin Holland, eds., *Shaping the EU Global Strategy: Partners and Perceptions*, London: Palgrave Macmillan

Michito TSURUOKA



Michito Tsuruoka ist Associate Professor an der Keio-Universität an der Fakultät für Politikmanagement, Shonan Fujisawa Campus (SFC), und gleichzeitig stellvertretender Direktor des Keio Center for Strategy (KCS).

Er ist außerdem Senior Fellow am Centre for Security, Diplomacy and Strategy (CSDS), Brussels School of Governance, VUB in Brüssel und war kürzlich (2023-2024) Visiting Fellow an der Australian National University (ANU), Canberra. Bevor er 2017 an die Keio-Universität kam, war er Senior Research Fellow am National Institute for Defense Studies (NIDS) des Verteidigungsministeriums. Während seiner Zeit am NIDS war er als stellvertretender Direktor der Abteilung für internationale Politik, Büro für Verteidigungspolitik (2012-2013), an das Verteidigungsministerium abgeordnet und diente als Visiting Fellow am Royal United Services Institute for Defence and Security Studies (RUSI), London (2013-2014). Bevor er zum NIDS kam, war er Resident Fellow des German Marshall Fund of the United States (GMF) in Brüssel (2009) und arbeitete als Berater für die NATO an der japanischen Botschaft in Belgien (2005-2008).

Er studierte Politik und internationale Beziehungen an der Keio-Universität in Tokio und der Georgetown University in Washington, D.C. und promovierte am King's College London in Kriegsstudien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören internationale Sicherheit, zeitgenössische europäische Politik und die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans.